

## **SO-01 Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 28.10.2022  
Tagesordnungspunkt: 4. Solidarisch und innovativ aus der Krise -  
Grün in die Zukunft!

### **Antragstext**

#### **I. Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!**

Wir erleben gerade eine Gleichzeitigkeit von globalen Krisen, die Politik vor immer neue Herausforderungen stellt und die Ungleichheit, mit der die Menschen mit den Krisen konfrontiert werden, deutlich macht. Die Corona-Pandemie ist zu einem stetigen Begleiter geworden, der unser Gesundheitssystem an seine Belastungsgrenzen bringt. Die Klimakrise zeigt sich immer öfter in ihren extremen Auswüchsen: Dürre, Waldbrände, Überschwemmungen, Artensterben. Der fortschreitende Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere und bestimmt das Leben all derer, die von ihm betroffen sind. Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit vielen Toten und die Dürre des vergangenen Sommers haben uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels nicht nur in weit entfernten Regionen wie jüngst in Pakistan geschehen, wo Millionen von Menschen ihre Häuser, Existenzgrundlagen und ihr Leben ließen.

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein historischer Einschnitt für unsere Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa und der Welt. Neben den grausamen Folgen für die Menschen in der Ukraine führt uns dieser Krieg unsere enorme Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vor Augen und versetzt uns in eine Zeit der fossilen Inflation. Wir erleben in Deutschland und Europa Energieknappheit, steigende Lebenshaltungskosten und zurückgehende Kauf- und Investitionskraft sowie eine sich deutlich abzeichnende Rezession. Russlands Angriffskrieg und die Strategie, Energie als Waffe einzusetzen, sind der Auslöser für die Energiekrise. Putin nutzt dabei die jahrzehntelang fehlgeleitete Energiepolitik der Vorgängerregierungen aus, die sich immer weiter in die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas gebracht und dabei den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien versäumt haben. Diese bittere Realität ist aber auch der Ausgangspunkt, an dem wir Verantwortung übernehmen, um die unmittelbaren Auswirkungen für die Gesellschaft und die Wirtschaft in NRW zu bewältigen. Die multiplen Krisen fordern uns heraus: Wir

30 müssen jetzt schnell und pragmatisch handeln und dürfen zugleich unsere  
31 langfristigen Ziele nicht aus den Augen verlieren.

### 32 **Vorrang für Erneuerbare Energien**

33 Nur mit einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien können wir zum  
34 einen unsere Importabhängigkeit fossiler, insbesondere russischer Energieträger  
35 überwinden und zum anderen die wichtigen Schritte gehen, um der Klimakrise und  
36 ihren Folgen zu begegnen und den 1,5 Grad-Pfad einzuhalten.

37 Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns zum Ziel gesetzt, NRW zur ersten  
38 klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Je stärker wir auf die  
39 Erneuerbaren Energien setzen, desto unabhängiger sind wir von fossilen  
40 Energieträgern, desto freier werden wir von autoritären Regimen und desto eher  
41 hinterlassen wir eine lebensfähige Erde für kommende Generationen. Die  
42 Erneuerbaren Energien sind auch unsere Antwort auf die ungleiche  
43 Lastenverteilung der Auswirkungen der Klimakrise in diesem Land, denn sie  
44 stellen eine bezahlbare Energieversorgung sicher. Neben dem schnellstmöglichen  
45 Ausbau der Erneuerbaren Energien müssen wir für einen geringeren  
46 Energieverbrauch sorgen und in mehr Energieeffizienz investieren. Energie muss  
47 dauerhaft für alle Privathaushalte, Unternehmen, öffentliche und soziale  
48 Einrichtungen sowie Schulen und Orte der Kinderbetreuung, Vereine und  
49 zivilgesellschaftliche Organisationen bezahlbar bleiben.

50 In NRW sind wir Grüne in den ersten vier Monaten unserer Regierungszeit wichtige  
51 Schritte für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gegangen. In der  
52 Landesregierung haben wir mehr Flächen für die Solarenergie geöffnet und dabei  
53 die Länderöffnungsklausel im Erneuerbare-Energien-Gesetz genutzt. Mit den  
54 Eckpunkten für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) wird der Weg frei  
55 gemacht, die 1500-Meter-Abstandsregel der Vorgängerregierung aufzuheben, das  
56 Wind-an-Land-Gesetz umgesetzt und die Erzeugung von Windenergie auf geeigneten  
57 Wald- und Gewerbeflächen erleichtert. Zudem unterstützen wir die Kommunen dabei,  
58 die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern und stellen ihnen 50  
59 Millionen Euro für den Klimaschutz bereit. 40 Millionen Euro können die Kommunen  
60 mit einem einfachen Verfahren als direkte Zuschüsse für Klimaschutzinvestitionen  
61 beantragen. Denn Klimaschutz wird vor Ort gemacht! Und genau hier leisten wir  
62 Hilfe.

63 All diese Maßnahmen dienen dem Ziel, der Energiegewinnung aus Sonne und Wind  
64 mehr Raum zu geben. Für uns Grüne bleibt klar: Atomkraft ist keine Lösung und am  
65 Atomausstieg halten wir fest. Die Atomenergie ist und bleibt eine  
66 Hochrisikotechnologie, auch, weil für die Entsorgung des hochradioaktiven  
67 Abfalls keine Lösung in Sicht ist. Deshalb setzen wir uns für einen  
68 vollständigen Atomausstieg ein. Die Erneuerbaren Energien sind die Zukunft – für  
69 die Bürger\*innen, den Klima- und Umweltschutz und den Industriestandort NRW.

70 Im Bund haben wir zu Beginn des Jahres mit dem Nachtragshaushalt 2021 60  
71 Milliarden Euro zusätzlich dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur  
72 Verfügung gestellt, um mittels gezielter und nachhaltig wirkender Investitionen  
73 die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu dämpfen und unsere Wirtschaft  
74 gleichzeitig klar Richtung Klimaneutralität aufzustellen. Schon jetzt sind damit  
75 bis 2026 Ausgaben in Höhe von etwa 200 Milliarden Euro geplant. Doch auch in den  
76 nächsten Jahren bleibt die Finanzierung von Klimaschutz eine Priorität. Deshalb  
77 setzen wir uns dafür ein, zusätzlich 100 Milliarden Euro für Investitionen in  
78 eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zur Verfügung zu stellen.

79 Um diesem Ziel näher zu kommen, setzten wir Bündnis 90/ Die Grünen NRW uns für  
80 folgende Maßnahmen ein:

- 81 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt am schnellsten durch  
82 Verfahrensbeschleunigung, Digitalisierung, eine stärkere Bündelung auf  
83 Landes- und Regionalplanebene sowie Personalaufstockung in den  
84 Regionalplanungsbehörden. Dabei versöhnen wir vermeintliche Gegensätze  
85 zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren und dem Umwelt- und  
86 Biodiversitätsschutz.
- 87 • Wir wollen das Klimaschutzgesetz als zentrales Instrument der  
88 Klimaschutzpolitik in NRW wirksamer machen.
- 89 • Wir setzen uns weiter dafür ein, substanzielle finanzielle Mittel für den  
90 kommunalen Klimaschutz und in die Klimafolgenanpassung als Teil der  
91 kommunalen Daseinsvorsorge zu investieren.
- 92 • Die kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger Schritt hin zur  
93 klimaneutralen Wärmeversorgung. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen  
94 für eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung schaffen. Zur Unterstützung  
95 der Kommunen werden wir ein „Kompetenzzentrum Wärmewende“ auf Landesebene  
96 gründen.
- 97 • Wir setzen uns im Rahmen einer Wärmepumpenoffensive dafür ein,  
98 Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen stärker bei der Nutzung zu  
99 unterstützen. Dabei spielt Geothermie eine wichtige Rolle in der  
100 Erneuerbaren-Wärmewende.
- 101 • 1000 zusätzliche Windenergieanlagen in den nächsten fünf Jahren sind unser  
102 Ziel. Eine Task Force „Ausbaubeschleunigung“ wird zeitnah die Planungs-  
103 und Genehmigungsverfahren standardisieren, vereinfachen, verkürzen und  
104 verpflichtend digitalisieren.
- 105 • Wir setzen uns dafür ein, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu

106 steigern. Hierzu wollen wir in einem Bürgerenergiegesetz regeln, wie wir  
107 Anwohner\*innen noch stärker an Gewinnen aus den Windenergieanlagen  
108 beteiligen können.

109 • Wir werden Bürgerwindparks stärker durch fachliche Ansprechpartner\*innen  
110 bei der Landesgesellschaft für Klima und Energie unterstützen und  
111 Musterrahmenverträge ausarbeiten.

112 • Wir setzen uns für eine landeseigene Strategie für den Ausbau von  
113 Energiespeicher mit den richtigen Anreizen ein.

114 • Viele Unternehmen und Initiativen in NRW arbeiten bereits daran, eine  
115 echte Kreislaufwirtschaft in NRW zu etablieren. Wir wollen diese  
116 Strukturen stärken und erweitern und wichtige Impulse in der Nachhaltigen  
117 Wirtschaftsentwicklung, bei der Entstehung neuer Arbeitsplätze und bei der  
118 Erreichung der Klimaziele setzen.

#### 119 **Fossile Energien ersetzen, Erneuerbare Energien ausbauen**

120 Mit dem um acht Jahre vorgezogenen Kohleausstieg 2030 in NRW konnte eine  
121 wegweisende Verständigung zwischen Bund, Land und RWE getroffen werden. Der  
122 Kohleausstieg 2030 ist ein starkes Signal der Entschlossenheit und gemeinsam mit  
123 dem Ausbau der Erneuerbaren Energien ein wesentlicher Bestandteil in unserem  
124 Kampf gegen die Klimakrise. Die Verständigung zwischen Bund, Land und RWE  
125 schafft zudem die lang ersehnte Klarheit für die Menschen in den Dörfern und  
126 Höfen, die dort weiter wohnen und arbeiten können. Die vom Kohleausstieg  
127 betroffenen Beschäftigten können auf unsere Unterstützung zählen: Niemand soll  
128 ins Bergfreie fallen. Der Kohleausstieg 2030 ist ein Erfolg und ein wichtiger  
129 Meilenstein auf dem Weg zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas. Für  
130 die kurzfristige Versorgungssicherheit in der aktuellen Energiekrise werden zwei  
131 Blöcke des Kraftwerks Neurath erst im Frühjahr 2024 stillgelegt. Als Partei  
132 tragen wir diese pragmatische Entscheidung zugunsten einer sicheren  
133 Energieversorgung im Heute mit, ohne unsere Visionen von Morgen zu vergessen.  
134 Der Meilenstein des Kohleausstiegs 2030 im Rheinland wäre ohne die Klimabewegung  
135 nicht möglich gewesen. Aus rechtlichen, geo-statischen sowie  
136 energiewirtschaftlichen Gründen ist es nicht möglich, den ehemaligen Weiler  
137 Lützerath zu erhalten. Bitter ist, dass der Ausbau der Erneuerbaren nicht  
138 vorangetrieben und der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier nicht bereits in  
139 der letzten Legislatur geklärt wurde, um noch rechtzeitig die Voraussetzungen  
140 dafür zu schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann. Wir sind uns  
141 darüber bewusst, dass diese Notwendigkeit für manche enttäuschend und schwer  
142 erträglich ist. Unsere Antwort darauf bleibt ein engagiertes Arbeiten gegen die  
143 Klimakrise auf allen politischen Ebenen und in allen Sektoren; besonders in den  
144 Bereichen der Energie-, Umwelt-, Verkehrspolitik und unserer Art von Bauen und  
145 Konsum. In den Zielen stehen wir weiterhin an der Seite der vielfältigen

146 zivilgesellschaftlichen Klimabewegung.

147 **Industriestandort NRW bewahren: Unternehmen unterstützen, Innovationen fördern**

148 Eine zügige klimaneutrale Transformation ist für uns als Industriestandort eine  
149 besondere Herausforderung, aber auch essenziell, um die Wettbewerbsfähigkeit der  
150 deutschen Wirtschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, Wertschöpfungsketten  
151 stabil und Arbeitsplätze der Zukunft im Land zu halten. Wir denken Klimaschutz  
152 und Wirtschaftspolitik zusammen, um die notwendigen Veränderungen anzugehen und  
153 nachhaltigen Wohlstand zu schaffen und wollen besonders in der Krise die  
154 Investitionen in Zukunftstechnologien mobilisieren. Der Industrie muss mit  
155 zielführenden Förderprogrammen bei der Dekarbonisierung geholfen werden. Dafür  
156 stellt der Bund unter Federführung des grünen Wirtschafts- und  
157 Klimaschutzministeriums in den nächsten Jahren einen zweistelligen  
158 Milliardenbetrag aus dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur  
159 Verfügung, mit dem sowohl Investitionen in klimaneutrale Produktionsanlagen  
160 unterstützt als auch die vorübergehend erhöhten Betriebskosten mittels  
161 Klimaschutzverträgen bezuschusst werden. Die Landesregierung fördert daher –  
162 gemeinsam mit dem Bund – die Errichtung der deutschlandweit ersten und größten  
163 wasserstoffbetriebenen Direktreduktionsanlage in Duisburg, die Hochöfen ersetzen  
164 und damit schon bis 2030 ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen wird. Damit  
165 unternehmen wir in NRW einen weiteren großen Schritt in Richtung klimaneutraler  
166 Stahlproduktion. Wasserstoff kommt beim Umstieg auf eine klimaneutrale  
167 Produktion eine zentrale Rolle zu. Nicht nur, aber insbesondere in der  
168 industriellen Kernregion unseres Landes an Rhein und Ruhr entsteht schon jetzt  
169 eine neue Wasserstoffwirtschaft, deren Aufbau wir aktiv unterstützen. Neben  
170 Förderung für Forschung und Entwicklung und den Ausbau von  
171 Elektrolysekapazitäten wird es in den kommenden Jahren auch darum gehen, die  
172 regulatorischen Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf – etwa in Bezug  
173 auf die Übertragungsnetze – so zu setzen, dass wir die Potenziale regionaler  
174 Wasserstoffproduktion konsequent heben. Dafür setzen wir uns auf Landes-,  
175 Bundes- und europäischer Ebene ein.

176 NRW ist von Industrie geprägt worden, sowie von starken Gewerkschaften. Sie sind  
177 unverzichtbare Partnerinnen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen und  
178 Verteidigerinnen gegen Rechts. Auch bei der Aufgabe der Transformation sind die  
179 Gewerkschaften unverzichtbar und Partnerinnen. Diese Transformation ist keine  
180 einmalige Handlung, sondern wird eine kontinuierliche Aufgabe. Dafür braucht es  
181 den inhaltlichen Dreiklang zwischen Investition, Innovation und Qualifizierung  
182 in einem Schulterschluss zwischen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen.

183 Nach mehr als zwei Jahren Pandemie versetzen die massiv gestiegenen  
184 Energiepreise insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie  
185 Solo-Selbständige in finanzielle Nöte. Die finanziellen Rücklagen waren bei  
186 einigen schon durch die Maßnahmen in der Corona-Pandemie aufgebraucht - die

187 aktuell steigenden Kosten sind dort nur schwer zu tragen. Bei vielen fehlen  
188 somit auch die Mittel für die Umrüstung in einen effizienteren Energieverbrauch  
189 oder den Umbau in die klimaneutrale Transformation ihrer Betriebe. Gerade diese  
190 kleinen und mittelständischen Unternehmen wollen wir in diesen schwierigen  
191 Zeiten nicht zusätzlich belasten, sondern als Wirtschaftskraft und  
192 Arbeitgeber\*innen unseres Landes bei der Transformation unterstützen. Für  
193 Klimaschutzmaßnahmen des Mittelstandes braucht es auf Landesebene finanzielle  
194 Mittel, aber auch die Förderprogramme des Bundes müssen den neuen Realitäten  
195 angepasst werden. Darin unterstützen wir unsere Grünen Vertreter\*innen in  
196 Regierung und Parlamenten.

197 Klare Rahmenbedingungen und vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren für  
198 transformative Investitionen schaffen Planungssicherheit für Unternehmen und  
199 beschleunigen die Umsetzung. Als konkrete Schritte zur Dämpfung der  
200 wirtschaftlichen Folgen und zur Ankurbelung der Konjunktur setzen wir nicht auf  
201 Maßnahmen der Vergangenheit, sondern auf die Förderung von Innovation und auf  
202 gezielte Hilfe.

203 In diesem Sinne setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- 204 • Insbesondere mittelständische Unternehmen wollen wir bei Investitionen in  
205 klimaneutrale Produktionsprozesse unterstützen.
- 206 • NRW soll Vorreiter der industriellen Transformation werden. Hierzu setzen  
207 wir uns dafür ein, einen Industriepakt für Klimaneutralität und  
208 Wettbewerbsfähigkeit aufzusetzen.
- 209 • Grüner Wasserstoff ist unverzichtbar für das Erreichen der  
210 Klimaschutzziele. Wir machen uns dafür stark, alle Betriebe gezielt dabei  
211 zu unterstützen, auf grünen Wasserstoff umzurüsten und umzubauen.
- 212 • Bestehende Innovations-Hubs bauen wir zu regionalen Netzwerken aus und  
213 setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte, wie z.B. nachhaltige  
214 Innovationen.
- 215 • Wir setzen einen eigenen Innovationsfonds auf, mit dem wir an die  
216 themenoffene Forschungsstrategie anknüpfen wollen, um Innovationen zur  
217 Anwendung zu bringen.
- 218 • Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz bei der Investitionsförderung  
219 über das Altenpflegegesetz Nordrhein-Westfalen oder das  
220 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen stärker berücksichtigt und  
221 gefördert wird.

- 222 • Soziale Einrichtungen werden bei Förderprogrammen zum Klimaschutz zu  
223 häufig als Antragsberechtigte ausgeschlossen. Wir setzen uns daher für  
224 eine gleichberechtigte Antragsberechtigung von sozialen Einrichtungen auf  
225 Bundesebene ein.

## 226 **II. Solidarität als Antwort! Soziale Politik in Zeiten von Umbruch und Wandel**

227 Die gegenwärtigen Krisen betreffen heutige und zukünftige Generationen dieses  
228 Landes. Sie verschärfen die soziale Ungleichheit, denn die Folgen dieser Krisen  
229 sind ungleich verteilt. Alle Bürger\*innen merken die rasanten Preissteigerungen  
230 an der Supermarktkasse, der Zapfsäule oder bei den Verbrauchsabrechnungen der  
231 Energieversorger. Aber während die Preissprünge für ein paar Wenige ein Ärgernis  
232 sind, führen sie vielen zu spürbaren finanziellen Belastungen bis hin zu  
233 existenziellen Bedrohungen. So droht sich die soziale Ungleichheit und  
234 Verunsicherung der Gesellschaft weiter zu verschärfen. Soziale Sicherheit ist  
235 ein wesentlicher Teil unserer Demokratie und stärkt die gesellschaftliche  
236 Teilhabe. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu sozialen Protesten und  
237 Gewerkschaften als demokratisches Mittel; sie bilden einen Organisations- und  
238 Resonanzraum für politische Partizipation, machen auf Missstände aufmerksam und  
239 fördern den gesellschaftlichen Diskurs. All das ist in Zeiten von Krisen  
240 wichtiger denn je. Wir erleben aber leider auch, dass die Proteste und  
241 Unsicherheiten der Menschen von anderer Seite für Hass und Hetze  
242 instrumentalisiert werden. Das lassen wir nicht zu und solidarisieren uns mit  
243 allen, die unsere Unterstützung brauchen. Für Bündnis 90/Die Grünen gilt immer  
244 und ganz besonders in Krisenzeiten: Kein Fußbreit den Faschisten.

### 245 **Wohlstand bewahren - Entlastungen gerecht verteilen**

246 Besonders diejenigen, die bereits vor der Inflation kaum über die Runden  
247 gekommen sind, sind jetzt besonders hart getroffen. Durch die gestiegenen Kosten  
248 für Grundnahrungsmittel und das tägliche Leben, sparen Menschen an allen  
249 möglichen Stellen ein. Ein warmes Zuhause oder eine warme Winterjacke für die  
250 Kinder dürfen nicht zum Luxus werden. Bereits jetzt weiß ein großer Teil der  
251 Bevölkerung nicht, wie sie die Nebenkostenabrechnung im nächsten Jahr bezahlen  
252 soll. Finanzielle Rücklagen, auf die in schwierigen Zeiten zurückgegriffen  
253 werden kann, fehlen bei ca. 40 Prozent der Bevölkerung. Viele Menschen sorgen  
254 sich um ihren Wohlstand, für andere in diesem Land klingt das Versprechen des  
255 sozialen Aufstiegs und der Wohlstandsbewahrung – mehr denn je – wie Hohn. Auf  
256 die Sorgen vor Abstieg und Armut sowie der zunehmenden Hoffnungslosigkeit liegt  
257 es in unserer Verantwortung, Antworten zu finden und Entscheidungen zu treffen.  
258 Dazu brauchen wir entschlossene politische Entscheidungen und gleichzeitig ein  
259 gesellschaftliches Bündnis, in dem Staat, gesellschaftliche Netzwerke, die  
260 Wirtschaft und Institutionen wie Gewerkschaften gemeinsam wirken. Diese Krisen  
261 werden wir nur solidarisch bewältigen.

262 Wir lassen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht allein. Um sie zu  
263 unterstützen, braucht es kurzfristige Entlastungen und konkrete langfristige  
264 Maßnahmen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft wirken. Wir brauchen  
265 zielgerichtete Instrumente für die, die am härtesten von den Krisen getroffen  
266 werden. Dazu gehört, dass wir Belastungen gerechter verteilen.

267 Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 268 • Wir unterstützen Grüne auf Bundesebene darin, die Preise durch eine  
269 Gaspreisbremse – zumindest für einen Teil des Verbrauchs – auf ein Niveau  
270 zu bringen, welches die Bürger\*innen genauso wie die Unternehmen und  
271 Kommunen im Land vor Überforderung schützt.
  
- 272 • Mit dem Abschöpfen von Übergewinnen gehen wir auf Bundesebene einen ersten  
273 wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren, mit der den  
274 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleibt. Zusätzlich  
275 werden Mittel aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds genutzt.
  
- 276 • Solange es die Preise weiterhin notwendig machen, setzen wir uns im Bund  
277 für weitere Sofortentlastungen wie sozial gestaffelte Direktzahlungen ein,  
278 die bei den Menschen ankommen und nicht mit anderen Sozialleistungen  
279 verrechnet oder gepfändet werden.
  
- 280 • Wir unterstützen auf Landesebene die schnelle Umsetzung eines sozial  
281 gerechten Klimageldes, das mit den Koalitionspartnern auf Bundesebene  
282 vereinbart wurde. Dazu muss das Bundesfinanzministerium zügig die  
283 Möglichkeit schaffen, direkte Auszahlungen über die Verknüpfung der  
284 individuellen Steuer-ID mit der IBAN vorzunehmen.
  
- 285 • Wir setzen uns auf Bundesebene für weitere Entlastungsmaßnahmen, wie eine  
286 kurzfristige Erhöhung des BAföG-Regelsatzes und der  
287 Mindestausbildungsvergütung, ein.
  
- 288 • Die im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vorgesehene steuerliche  
289 Gutschrift für Alleinerziehende muss schnell auf den Weg gebracht werden,  
290 um Alleinerziehende, die am meisten von Armut betroffen sind, spürbar zu  
291 entlasten.
  
- 292 • Wir haben uns für ein 9-Euro-Nachfolgeticket stark gemacht und setzen uns  
293 dafür ein, eine Ticketalternative unterhalb der in der  
294 Verkehrsministerkonferenz beschlossenen 49 Euro für Menschen mit  
295 geringeren Einkommen zu entwickeln.
  
- 296 • Kulturschaffende und die Kultur brauchen unsere Unterstützung,



297           beispielsweise bei der Hilfe der Bezahlung der gestiegenen Heizkosten.

298   **Soziale Sicherheit in der Krise schaffen – und darüber hinaus**

299   Unsere größte Aufgabe ist es in Zeiten von Umbruch und Wandel für eine  
300   klimaneutrale Zukunft zu sorgen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu  
301   sichern. Das gelingt uns nur, indem wir Solidarität mit denjenigen zeigen, die  
302   wenig haben und alle kontinuierlich ihren Beitrag leisten. Denn Solidarität ist  
303   keine einmalige Handlung, sondern eine Haltung, aus der konkrete politische  
304   Maßnahmen folgen.

305   Die drei Entlastungspakete, die unter Grüner Regierungsbeteiligung im Bund  
306   verabschiedet wurden, leisten einen wichtigen Beitrag, um die Bürger\*innen in  
307   ihren individuellen Lebenssituationen, und vor allem die, die wenig haben, für  
308   den kommenden Herbst, Winter und die Zeit danach zu entlasten. Es ist gut, dass  
309   der Bund über die Aufnahme von bis zu 200 Milliarden Euro neuer Kredite für den  
310   Wirtschaftsstabilisierungsfonds schon jetzt die finanziellen Grundlagen für die  
311   Abfederung der Energiekrise bis Mitte 2024 gelegt hat. Denn eine Krise ist keine  
312   Zeit für Geiz und kurze Sprünge. Das dritte beschlossene Entlastungspaket und  
313   der Abwehrschirm enthalten zur sozialen Abfederung viele wichtige Maßnahmen:  
314   eine Gas- und Strompreisbremse, ein Härtefallfonds für Unternehmen und soziale  
315   Einrichtungen, eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket, eine Wohngeldreform  
316   mit einem erweiterten Kreis der Berechtigten, eine Erhöhung von Kindergeld und  
317   Kinderzuschlag und das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 eine existenz- und  
318   teilhablesichernde Grundsicherung schafft. Als Grüne setzen wir uns dafür ein,  
319   dass zukünftige Entlastungsmaßnahmen noch stärker zielgerichtet diejenigen  
320   erreichen, die besonders bedürftig sind. Steuerliche Entlastungen höherer  
321   Einkommen sind ein falsches politisches Signal.

322   Als Grüne tragen wir in Bund und Land Regierungsverantwortung. Wir nehmen diese  
323   Verantwortung an und werden auch in den kommenden Monaten bestehende Lücken  
324   schließen, um die Menschen zu entlasten und unser soziales Sicherungsnetz zu  
325   stärken. Unser Kompass: Dabei muss unsere Unterstützung auf diejenigen abzielen,  
326   die es am meisten brauchen – Familien, Alleinerziehende, Rentner\*innen und  
327   Menschen, die von Armut betroffen sind.

328   Dabei sind Länder und Kommunen in besonderer Weise für die soziale Infrastruktur  
329   verantwortlich. Gerade in Krisenzeiten müssen die Menschen sich auf eine starke  
330   soziale Infrastruktur verlassen können. Kinder und Familien haben auch in den  
331   letzten Jahren der Pandemie große Herausforderungen zu stemmen gehabt. Zugleich  
332   ist noch sehr viel deutlicher zutage getreten, was viel zu lange nicht im Fokus  
333   der Politik war. Frühkindliche Bildung ist ein zentraler Baustein gelingender  
334   Bildungsbiografien, aber auch der Unterstützung von Familien bei der  
335   Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie vielen weiteren Alltagsfragen.

336 Als Landespartei setzten wir uns dabei für folgende Maßnahmen ein:

- 337 • Die Kinderbetreuung steht vor großen Herausforderungen: Die noch immer  
338 anhaltende Corona-Pandemie und der Fachkräftemangel. Dazu kommen viele  
339 Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Kinderbetreuung, aus der  
340 Ukraine und anderen Krisen- und Kriegsregionen der Welt. In NRW werden wir  
341 aus diesen Gründen den Anschluss für die Finanzierung des Sprach-Kita  
342 Programm ab Sommer landesseitig über den Haushalt für 2023 sicherstellen.
- 343 • Jetzt ist die Zeit, um Kitas und soziale und Erziehungsberufe zu stärken.  
344 Dazu braucht es Fachkräfte in den Kitas, die sich voll auf ihre  
345 pädagogische Arbeit konzentrieren können und für die Kinder da sind. Darum  
346 werden wir das Alltagshelfer\*innenprogramm verlängern und wollen es weiter  
347 verstetigen.
- 348 • Wir starten eine gezielte Fachkräfteoffensive für die Sozial- und  
349 Erziehungsberufe, mit der alle Kinder gleichberechtigte Teilhabechancen  
350 erhalten.
- 351 • Krisen dürfen Kinderarmut nicht verstärken. Sie muss gerade jetzt in den  
352 Blick genommen werden. Mit einem zügigen Start zum Pakt gegen Kinderarmut  
353 sorgen wir genau dafür.
- 354 • Kinder dürfen nicht wieder zu Leittragenden der Krise werden. Wir setzen  
355 uns dafür ein, dass der von der Energiekommission vorgeschlagene  
356 Hilfsfonds für Sozialdienste auch die soziale Infrastruktur für Kinder und  
357 Jugendliche umfasst. Darüber hinaus trägt auch das Land dafür  
358 Verantwortung, Vorsorge zu betreiben, damit Kitas offen und warm bleiben.  
359 Gerade in Zeiten multipler Krisen brauchen Kinder und Familien  
360 verlässliche Strukturen.
- 361 • Überschuldung schafft Existenzangst und lähmt Betroffene. Deshalb ist es  
362 wichtig, dass wir die Schuldner- und Insolvenzberatung in unserem Land  
363 stärken und die Zugangsberechtigung weiter ausbauen. Ebenso setzten wir  
364 uns für die Stärkung der Verbraucherzentralen ein.

### 365 **Starke soziale Strukturen schaffen**

366 Klar ist: Die Entlastungspakete können nicht alle Belastungen dauerhaft  
367 auffangen. Klar ist auch: Armut war bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf  
368 die Ukraine ein strukturelles Problem in NRW. Unsere Aufgabe muss viel mehr sein  
369 für soziale Gerechtigkeit zu sorgen – über den Krisenmodus hinaus. Gerade in  
370 Krisenzeiten, aber nicht nur, kommt es daher auf ein starkes soziales  
371 Sicherungsnetz und eine starke soziale Infrastruktur an. Wer hier spart, spart

372 am Fundament unserer Gesellschaft. Das lassen wir nicht zu. Armut ist  
373 vielschichtig und oft auf den ersten Blick unsichtbar. Für uns gehört zur  
374 Armutsbekämpfung die Sicherstellung der selbstbestimmten Teilhabe in allen  
375 Lebensbereichen.

376 Bündnis 90/Die Grünen NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 377 • Der vom Bund aufgelegte Hilfsfonds muss auch soziale Infrastruktur  
378 umfassend schützen.
  
- 379 • Nicht nur in den Sozial- und Erziehungsberufen, auch den Fach- und  
380 Arbeitskräftemangel in der Pflege, im Handwerk und in den Schulen gehen  
381 wir entschieden an.
  
- 382 • Frauen sind in ihrer Erwerbstätigkeit besonderen Schwierigkeiten  
383 ausgesetzt; sie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit, um Familie zu gründen  
384 oder Angehörige zu pflegen, haben ein geringeres durchschnittliches  
385 Einkommen, sind öfter in Teilzeitarbeit oder im Niedriglohnsektor  
386 beschäftigt. Dadurch haben viele Frauen geringere Rentenansprüche,  
387 Altersarmut betrifft sie in hohem Maße. Wir stehen ein für eine bessere  
388 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sowohl einen entscheidenden  
389 Beitrag zur eigenständigen finanziellen Absicherung und Gleichberechtigung  
390 von insbesondere Frauen als auch dem Haushaltseinkommen insgesamt leistet.
  
- 391 • Die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen bleibt ein dringendes  
392 Handlungsfeld. Wir fordern die ortsnahen und behördenunabhängigen  
393 Arbeitslosenberatungen zu stärken und in den Kommunen durch Passiv-Aktiv  
394 Transfer geförderte Arbeitsplätze zu schaffen.
  
- 395 • Starke soziale Strukturen müssen erreichbar sein, egal wo man wohnt und  
396 was man verdient. Zusätzlich zum 49-Euro-Ticket, und einer günstigeren  
397 Alternativen pochen wir daher auf den Ausbau des ÖPNV. Ohne eine deutliche  
398 Erhöhung der Regionalisierungsmittel, die der Bund den Ländern jährlich  
399 zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung stellt,  
400 droht ein Ausdünnen dieses Angebots. Deshalb bestehen wir auf eine  
401 deutliche und angemessene Erhöhung der Regionalisierungsmittel des Bundes,  
402 um den Ausbau des ÖPNV zu ermöglichen.
  
- 403 • Wohnen ist ein Grundrecht und Teil der Daseinsvorsorge. Wir müssen den  
404 öffentlichen Wohnungsbau fördern und für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen.
  
- 405 • Wir werden Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen und Housing-First  
406 Programme, sowie Vermittlungsinitiativen, die sich für die Absicherung  
407 bestehender Mietverhältnisse einsetzen, unterstützen.

- 408
- 409
- 410
- 411
- 412
- 413
- 414
- Wir wollen lebenswerte Quartiere in unserem Land schaffen und weiterentwickeln, denn sie sind ein Schlüssel für selbstbestimmtes Wohnen, soziale Teilhabe und den Zusammenhalt vor Ort. Wir forcieren dabei altersgerechte und barrierefreie städtebauliche Maßnahmen, die Angebote der sozialen Infrastruktur, Soziale Arbeit und die Interessen der Bewohner\*innen in Quartierbüros und mit hauptamtlichen Quartiersmanager\*innen unterstützen.
- 415
- Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss abgesichert sein und sowohl den Bedürfnissen ländlicher, als auch urbaner Räume Rechnung tragen. Wir wollen mit Gesundheitszentren und Community Health Nurses eine Gesundheitsversorgung schaffen, die nah bei den Menschen ist.
- 416
- 417
- 418

### 419 **Gemeinsam aus der Krise**

420 Das Land befindet sich inmitten von schwierigen Zeiten. Die Bürger\*innen  
421 erwarten von uns Lösungen auf die gegenwärtigen Krisen. Soziale Sicherheit und  
422 soziale Gerechtigkeit sind für den gesellschaftlichen Frieden unverzichtbar. Aus  
423 der Energiekrise darf keine soziale Krise werden, die Spaltung und Polarisierung  
424 mit sich bringt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, benötigen wir eine  
425 gemeinsame und zielgerichtete Kraftanstrengung auf Bundes- und Landes- und  
426 kommunaler Ebene. An vielen Stellen bedarf es einer Neujustierung unseres  
427 Sozialstaates, bei dem wir diesen an die Herausforderungen aus dem Hier und  
428 Jetzt stetig anpassen. Die Gleichzeitigkeit der Krisen und Putins  
429 Erpressungsversuche werden uns weder spalten noch auf die Knie zwingen. Mit  
430 Energiesouveränität und sozialer Politik gehen wir gestärkt und gemeinsam aus  
431 der Krise.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

## **Unterstützer\*innen**

Manfred Hoffmann (KV Mülheim), Maria-Charlotte Koch (KV Rhein-Sieg)